

3. Interpersonale Kommunikation¹

Rüdiger Schmitt-Beck und Anne Schäfer

1. Entstehung des Forschungsfeldes

Kommunikation ist unverzichtbar. Ohne den Austausch zwischen ihren Mitgliedern können keine Gesellschaft und natürlich auch kein politisches System funktionieren (Deutsch 1963). Angesichts dieser zentralen Bedeutung für den politischen Prozess ist es überraschend, dass Phänomene der politischen Kommunikation von der Politikwissenschaft lange Zeit kaum untersucht wurden. Dies hat sich seit den 1980er Jahren zumindest für die politische Massenkommunikation stark geändert (Reinemann 2014). Die direkte Kommunikation der Bürger untereinander findet hingegen immer noch weitaus weniger Interesse. Obwohl – oder vielleicht auch gerade weil – der unvermittelte persönliche Austausch über politische Themen für viele Bürger eine selbstverständliche Alltagsaktivität darstellt, hat die Politikwissenschaft dieses Phänomen erst in jüngster Zeit als Forschungsgegenstand für sich entdeckt (für aktuelle Überblicke siehe Ikeda und Huckfeldt 2010; Sokhey und Djupe 2011; Schmitt-Beck und Lup 2013).

Dieses neu erwachte Interesse wurde von mehreren Theorie- und Forschungsströmungen angestoßen. Den ersten Studien, die aus den 1990er Jahren datieren und sich hauptsächlich mit dem Einfluss der persönlichen Kommunikation auf Wahlentscheidungen beschäftigten (Knoke 1990; Huckfeldt und Sprague 1995), ging es vor allem darum, die vernachlässigte Tradition der mikrosoziologisch-interaktionistischen *Columbia School* wiederzubeleben. Deren Pionierarbeiten hatten aufgezeigt, wie interpersonaler Einfluss maßgeblich das Wahlverhalten der Mitglieder von Gruppen wie z.B. Familien und Freundeskreisen prägt (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1968; Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954). Diese substanziiell wie methodisch bahnbrechenden Studien waren zunächst ohne Resonanz geblieben. In den folgenden Jahrzehnten fanden politische Gespräche allenfalls flüchtige Beachtung als eine unter vielen Formen politischer Aktivität in der Forschung zur demokratischen Bürgerrolle (Almond und Verba 1963: 115ff.) und speziell zur politischen Beteiligung (Verba und Nie 1972; Barnes u. a. 1979). Mit der Wiederentdeckung der sozialen, über interpersonale Kommunikation vermittelten Bedingtheit des politischen Verhaltens in den vergangenen beiden Jahrzehnten wurde der bis dato wissenschaftlich dominanten Vorstellung vom Einzelbürger als kontextlosem Monaden nun der ontologisch grundierte Gedanke entgegengehalten, dass der Mensch auch in seiner Rolle als Wähler zwangsläufig ein soziales Wesen sei, das seine Entscheidungen in Interaktion mit seinesgleichen entwickle. Aus dieser Perspektive betrachtet, erscheint die Wählerschaft nicht als Aggregat unabhängiger Individuen, sondern als vielschichtig strukturiertes Geflecht miteinander interagierender, interdependenter Bürger (Huckfeldt und Sprague 1995: 8; Zuckererman, Dasovic und Fitzgerald 2007: 1ff.).

Ein weiterer Anstoß für das neu erwachte Interesse an der persönlichen Kommunikation der Bürger ergab sich aus dem Aufschwung der Forschung zum sozialen Kapital in den 1990er Jahren (Putnam 1993). Die Forschung über diesen Gegenstand trug dazu bei, Sensibilität für den relationalen Charakter der Bürgerrolle zu erzeugen. Jüngere *citizenship*-Studien haben vor diesem Hintergrund politische Alltagsgespräche wieder in das Spektrum der Aktivitäten aufge-

1 Der Beitrag stützt sich teilweise auf Schmitt-Beck und Lup (2013).

nommen, welche neben anderen Modi sozialer und politischer Aktivität sowie politischen Vorstellungen, Einstellungen und Werten als wesentliche Bestandteile der Bürgerrolle begriffen werden (Pattie, Seyd und Whiteley 2004; van Deth, Montero und Westholm 2007).

Auch die jüngere Forschung über die politische Öffentlichkeit und ihre Funktionsweise in demokratischen politischen Systemen hat das Interesse an der bürgerschaftlichen Kommunikation beflügelt. Neuere Modelle der politischen Öffentlichkeit konzipieren dieses als komplex verschachteltes Kommunikationssystem, das zwischen der Mikro-Ebene der einzelnen Bürger und der Makro-Ebene der politischen Entscheidungsinstitutionen vermittelt (Price und Roberts 1987; Gerhards und Neidhardt 1991). Die interpersonale Kommunikation der Bürger kann in diesem System als Schnittstelle zwischen Privatsphäre und öffentlichem Raum fungieren.

Entwicklungen der normativen Demokratietheorie haben diese Diskussion wesentlich bereichert und stellen neben der Wahlforschung sicherlich den wichtigsten Impuls für die jüngere Forschung dar. Die „deliberative Wende“ der Demokratietheorie (Dryzek 2000) und das damit verbundene Interesse an Konzepten „gesprächszentrierter Demokratie“ (Chambers 2003) hat Anlass gegeben, nicht nur die persönliche Lebenswelt der Bürger, sondern auch andere Bausteine des demokratischen politischen Systems als Arenen politischer Diskussion zu konzipieren und zu analysieren (z.B. Steiner u. a. 2004). Während sich die liberale Demokratie mit der Feststellung von Mehrheitsverhältnissen durch Zählen begnügt, fordern Anhänger einer deliberativen Demokratie eine Akzentsetzung auf das verständigungsorientierte Sprechen und die aufklärerische Kraft der vernunftgesteuerten Erörterung auf Basis rationaler Argumentation, durch welche auch die Präferenzen der politischen Akteure selbst zur Disposition gestellt werden (Landwehr 2012). Freilich geht ein solches Unterfangen, von dem sich Theoretiker der deliberativen Demokratie eine bessere Qualität und höhere Legitimität politischer Entscheidungen versprechen, mit besonderen Ansprüchen an die Qualität der politischen Diskussion einher. Demokratien können als „deliberative Systeme“ begriffen werden, die ein breites Ensemble von Foren des (potenziell) deliberativen Austausches zwischen Akteuren umfassen, welche durch eine funktionale Arbeitsteilung miteinander verknüpft sind (Parkinson und Mansbridge 2012). Die politischen Alltagsgespräche der Bürger stellen nach Ansicht einiger Autoren nicht weniger dar als das Fundament dieser komplexen Gesamtstruktur (Mansbridge 1999; Neblo 2015: 15ff.).

2. Konzeptualisierung und Messung der Konstrukte: Theoretische Grundlagen

In der Literatur zur interpersonalen politischen Kommunikation wird selten mit formalen Definitionen des Gegenstandes operiert. Um dennoch eine Eingrenzung zu versuchen, kann man sich auf verschiedene Attribute beziehen (Rogers 1973; Reardon und Rogers 1988). Wesentlich erscheint insbesondere der horizontale Charakter der interpersonalen Kommunikation. Interpersonale Kommunikation im hier betrachteten Sinne findet demnach statt zwischen normalen Bürgern, die *formell* nicht in hierarchischen Beziehungen zueinander stehen (wenngleich das nicht ausschließt, dass Aspekte von Über- und Unterordnung informell zum Tragen kommen können, etwa in den Beziehungen zwischen „Meinungsführern“ und „Meinungsfolgern“; vgl. Katz und Lazarsfeld 1955; Katz 2015). In formeller Hinsicht findet vertikal orientierte persönliche Kommunikation statt zwischen einfachen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern wie z.B. Wahlkreisabgeordneten; soweit sie auf Initiative der Bürger zurückgeht, wird sie in der

Literatur typischerweise als spezifischer Modus politischer Partizipation konzeptionalisiert (*contacting*; z.B. Milbrath und Goel 1977; Teorell, Torcall und Montero 2007). Ihr horizontaler Charakter kennzeichnet persönliche Kommunikation klar als eine Form des politischen Verhaltens, die nicht dem gängigen Kennkriterium für politische Partizipation entspricht, auf Beeinflussung von Elitenhandeln ausgerichtet zu sein. Das hat jedoch nicht verhindert, dass sie von maßgeblichen Studien der Partizipationsforschung gelegentlich trotzdem in die Palette untersuchter politischer Verhaltensweisen aufgenommen wurde (Verba und Nie 1972; Barnes u. a. 1979).

Der Gegenstand der interpersonalen politischen Kommunikation sind öffentliche Angelegenheiten des Gemeinwesens. Als besonderer Typus sozialer Interaktion erfolgt sie in Form diskreter Ereignisse, bei denen sich zwei oder mehr Personen über Aspekte der Politik austauschen. Sie bedienen sich hierbei des Mediums der Sprache, aber nonverbale Signale können die sprachlichen Äußerungen flankieren und als Metakommunikation wichtige Hinweise zur Entschlüsselung ihres Sinngehaltes geben. Dadurch wird nicht nur sachlicher, sondern auch emotionaler Inhalt übermittelt. Die kommunizierten Botschaften sind inhaltlich äußerst vielfältig. Ihre Bandbreite reicht von schlichten Sympathie- bzw. Antipathiebekundungen für bestimmte Parteien oder Politiker bis zu rhetorisch höchst ausgefeilten Argumenten über komplizierte politische Sachfragen.

Der Archetyp dieser Form der Kommunikation ist das politische Gespräch im direkten persönlichen Kontakt. Der größte Teil der Forschung bezieht sich auf diese unmittelbare Art des Austauschs zwischen Individuen. Medial vermittelte Manifestationen der interpersonalen Kommunikation wie z.B. Briefe oder Unterhaltungen am Telefon wurden kaum beachtet. Durch Bereitstellung und sich rasch intensivierende Nutzung digitaler Plattformen für die interpersonale Kommunikation wie E-Mail, Chat, Online-Foren und vor allem *social media* hat die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologien in den letzten Jahren jedoch das wissenschaftliche Interesse an technisch vermittelter interpersonalen Kommunikation über Politik sprunghaft wachsen lassen. Dieses Forschungsfeld hat sich freilich weitgehend eigenständig entwickelt und sich selten um Anschlüsse an die Forschung über direkte persönliche Kommunikation bemüht (Stromer-Galley und Wichowski 2011; Emmer, Vowe und Wolling 2011). Wie sich direkte und indirekte interpersonale Kommunikation über Politik zueinander verhalten, wurde bislang kaum untersucht (für eine seltene Ausnahme siehe Jouet, Vedel und Comby 2011). Dass die neuen digitalen Medien die Unterscheidung zwischen interpersonalen und Massenkommunikation verschwimmen lassen, stellt die einschlägige Forschung vor beachtliche konzeptionelle und messtechnische Herausforderungen.

Verglichen mit der Massenkommunikation erscheint die (konventionell verstandene) interpersonale Kommunikation deutlich einflussmächtiger, hat allerdings eine sehr viel geringere Reichweite (Schmitt-Beck 2000). Ihre Domäne ist der private (Haushalte) oder halb-öffentliche Raum (Arbeitsstätten, Clubs oder auch der sprichwörtliche, aber bislang kaum untersuchte „Stammtisch“). Allerdings darf nicht übersehen werden, dass sich politische Gespräche oft vor dem Hintergrund und als Reaktion auf das (immer noch weitgehend uniforme) Informationsumfeld der Massenkommunikation abspielen. Sie bilden daher ein entscheidendes Bindeglied zwischen der Makro-Ebene des politischen Systems und der Mikro-Ebene seiner individuellen Mitglieder. Das Modell des „Zwei-Stufen-Flusses der Kommunikation“ ist der wohl bekannteste Versuch einer konzeptionellen und theoretischen Auseinandersetzung mit dieser Rahmenbedingung der persönlichen Kommunikation (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1968: 152ff.;

Katz und Lazarsfeld 1955). Andere Beispiele umfassen jüngere Revitalisierungen der Gedanken des Soziologen Gabriel Tarde (Katz 2006; Katz, Ali und Kim 2014) oder auch das OS-ROR-Modell der sogenannten Wisconsin-Schule der Kommunikationsforschung (Cho u. a. 2009).

Die in der Literatur benutzte Terminologie zur Bezeichnung des Gegenstands ist uneinheitlich und oft auch unscharf. Eine genauere Lektüre legt eine grundlegende konzeptionelle Differenzierung zwischen drei Typen interpersonaler politischer Kommunikation nahe. Der erste Typ betrifft Kommunikation, die spontan, unstrukturiert und typischerweise ohne klare Zielorientierung zwischen den Mitgliedern eines Kern-Netzwerks (Marsden 1987) in privaten oder teil-öffentlichen Situationen stattfindet (im Schutzraum der Wohnung oder aber am Arbeitsplatz, in Lokalen oder ähnlichen, nur partiell abgeschlossenen Kontexten). Sie steht im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags. Um diese informelle Art des politischen Austauschs zu kennzeichnen, werden in der Literatur Termini benutzt wie „soziale Kommunikation“ (*social communication*; Huckfeldt und Sprague 1995), „zivile“, „gesellige“, „beiläufige“ oder „alltägliche politische Gespräche“ (*civic, sociable, casual, everyday political talk*; Klofstad 2011; Schudson 1997; Searing u. a. 2007; Mansbridge 1999) oder „politische Konversation“ (*political conversation*; Gastil 2008: 15ff.).

Synonym wird in vielen empirischen Publikationen auch der Terminus „politische Diskussion“ (*political discussion*) benutzt. Konzeptionell sollte diese Bezeichnung jedoch für eine zweite Form der interpersonalen politischen Kommunikation reserviert werden, die stärker strukturiert und zielgerichtet ist. Sie dient der Auseinandersetzung mit konkreten Problemlagen und findet häufig im formalisierten Rahmen politischer Versammlungen statt (Gastil 2008: 15ff.). Noch restriktiver konturiert ist der Terminus „Deliberation“. Er bezieht sich auf einen besonders rationalen Stil politischer Diskussion, bei dem sich alle Beteiligten rigorosen Verfahrensregeln unterwerfen. Diese verlangen von den Gesprächsteilnehmern, dass sie das diskutierte Problem sorgfältig analysieren, um nach einer Periode inklusiver, respektvoller Betrachtung aller relevanten Gesichtspunkte zu einer wohl abgewogenen Lösung zu gelangen, der alle oder doch zumindest die meisten Betroffenen zustimmen können (Gastil 2008: 8). Zwar wurden diese Regeln für organisierte öffentliche Veranstaltungen entworfen, doch informelle politische Gespräche können natürlich ebenfalls dahingehend analysiert werden, ob sie *de facto* denselben Geist fairer Kommunikation auf Augenhöhe reflektieren (Conover, Searing und Crewe 2002; für einen aktuellen Überblick zur Forschung über Diskussion und Deliberation in formalisierten Kontexten vgl. Bächtiger 2016).

Der Forschung steht ein breites Arsenal von Methoden zur Verfügung, um die interpersonale Kommunikation im Alltag der Bürger zu studieren. Politische Gespräche sind ein schwer fassbarer Untersuchungsgegenstand, genauso wie andere episodische Formen bürgerschaftlicher Aktivität. Auf qualitative Methoden wie teilnehmende Beobachtung (Scheuch 1965; Eliasoph 1998; Walsh 2004) oder Fokusgruppen (Gamson 1992; Perrin 2006) haben bislang nur wenige Studien gesetzt. Inhaltsanalysen können ertragreich eingesetzt werden, wenn Gespräche in der dafür nötigen Form dokumentiert vorliegen. Bei der Alltagskommunikation ist das freilich kaum je der Fall, außer sie findet online statt (Price, Nir und Capella 2006). Solche Methoden erlauben direkte Messungen des interessierenden Verhaltens. Sie sind daher von großem heuristischem Wert, aber ihre externe Validität ist oft mit Fragezeichen zu versehen. Wie in anderen Feldern der politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung (Faas und Huber 2010) sind auch in der Forschung über politische Gespräche experimentelle Ansätze auf

dem Vormarsch (Karpowitz und Mendelberg 2011). Experimente zur interpersonalen Kommunikation wurden bislang nur selten mit schon existierenden Gesprächsgruppen realisiert (Parker, Parker und McCann 2008). Meist wurden Gespräche nur simuliert (Druckman und Nelson 2003; Ahn, Huckfeldt und Ryan 2014).

Der Großteil der vorliegenden Forschung bediente sich jedoch des Instruments der standardisierten, für die Wählerschaft oder bestimmte Teilgruppen repräsentativen Umfrage. Diese Studien müssen sich auf Selbstzeugnisse der Befragungspersonen stützen. Dadurch entstehen Fragen nach der Konstruktvalidität, denen man jedoch mit angemessenen Designs begegnen kann. Die einfachste und daher am weitesten verbreitete, gleichzeitig aber auch am wenigsten befriedigende Methode besteht darin, die Befragungspersonen um summarische (*single item*-)Einschätzungen zu ihren Gesprächserfahrungen und -gewohnheiten zu bitten. Erheblich ertragreicher sind Studien, die sich auf egozentrierte Netzwerkinstrumente stützen (Wolf 2010). Hierbei werden mittels sogenannter Namensgeneratoren, die entweder allgemein auf wichtige Interaktionspartner oder spezifischer auf politische Gesprächspartner fokussieren (Klofstad, McClurg und Rolfe 2009), die Kern-Netzwerke von Befragungspersonen rekonstruiert (Marsden 1987). Für die auf diese Weise individuell identifizierten wichtigsten Interaktionspartner (*alteri*) der Befragungspersonen (*ego*) werden sodann persönliche und Beziehungsattribute erfragt. Die Nutzung geo-codierter Daten in jüngerer Forschung ermöglicht die Berücksichtigung geographischer Bedingtheiten (Makse, Minkoff und Sokhey 2014). Will man noch einen Schritt weitergehen und eine genuine Netzwerkperspektive anlegen, können zudem auch noch (zusätzlich) die Beziehungen zwischen den Netzwerkpartnern ermittelt werden. Auswertungen können sich sowohl auf die dyadische Ebene von *ego-alter*-Paaren beziehen als auch auf Gesamtnetzwerke.

Wegen des vergleichsweise hohen methodischen Aufwands wurden solche Verfahren in der politischen Verhaltensforschung bislang nur selten eingesetzt. Zudem sind auch sie nicht frei von den typischen Endogenitätsproblemen der Umfrageforschung (Fowler u. a. 2011). Egozentrierte Netzwerkdaten fußen auf den Wahrnehmungen der Befragten und können deswegen verzerrt sein (Projektion). Dem kann durch direkte Befragung der Netzwerkpartner entgegengewirkt werden (Laumann 1973; Pappi und Wolf 1984; Schenk 1995; Huckfeldt und Sprague 1995). Ein zweites notorisches Problem ist die Bestimmung der Kausalitätsrichtung beobachteter Zusammenhänge. Ohne langfristige Panel-Daten ist es nicht möglich, zuverlässig zwischen Selektions- und Einflusseffekten zu unterscheiden.

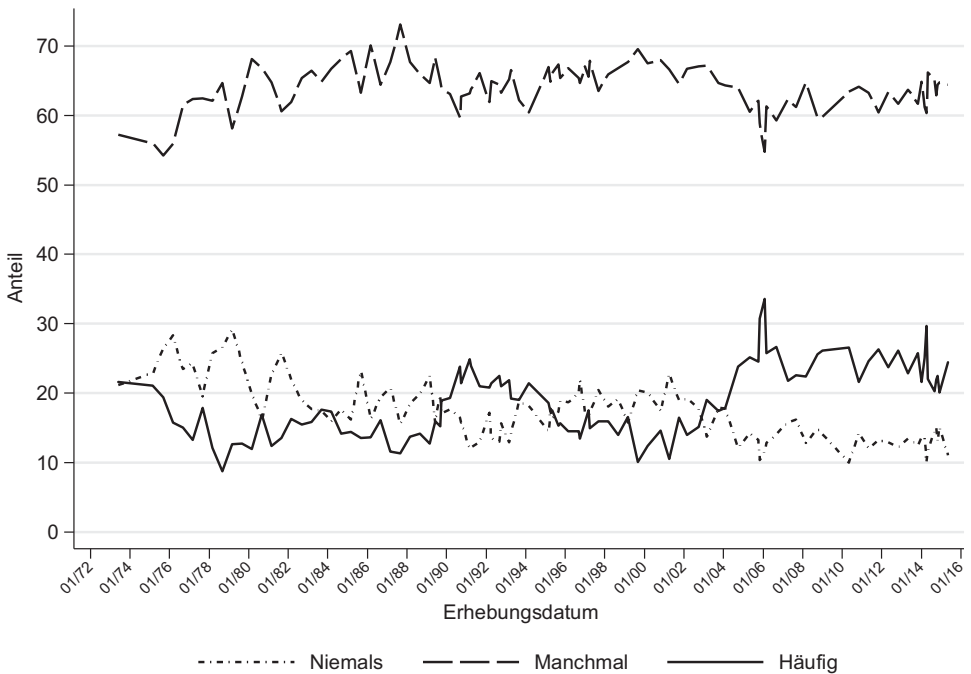
3. Empirische Befunde zur Verteilung und Entwicklung

Die international vergleichende Forschung zeigt, dass die Neigung von Personen, sich an politischen Alltagsgesprächen zu beteiligen, stark variiert. Bürger der nordamerikanischen und westeuropäischen Demokratien sprechen erheblich häufiger über Politik als Personen, die in anderen Ländern leben. Innerhalb Europas zeichnen sich ein Nord-Süd- und ein West-Ost- Gefälle ab. In Lateinamerika und einigen Ländern Asiens ist die Gesprächsneigung noch geringer. Am Ende der Skala finden sich afrikanische Länder und der Nahe Osten (mit Ausnahme Israels); dort stellen sich politische Unterhaltungen als Minderheitenphänomen dar (Richardson und Beck 2007). Langfristbeobachtungen legen nahe, dass diese länderübergreifenden Muster im Zeitverlauf sehr beständig sind (Bennett, Lickinger und Rhine 2000).

Deutschland gehört zu den Ländern, in denen sich die Bürger sehr intensiv über Politik austauschen. Die Gesprächsintensität der Deutschen lässt sich anhand der Daten des Eurobarometers

bis zurück in die frühen 1970er Jahre beschreiben (allerdings nur für Gespräche mit Freunden und Verwandten). Abbildung 1 vermittelt den Eindruck großer Stabilität. Während der letzten vier Jahrzehnte haben zu keinem Zeitpunkt mehr als 30 Prozent der Befragten bekannt, sich niemals über Politik zu unterhalten. Die langfristige Tendenz völliger politischer Kommunikationsabstinenz ist sogar abnehmend. Zu Beginn der 2000er Jahre scheint es zu einer leichten Intensivierung des kommunikativen Engagements gekommen zu sein. Der Anteil derjenigen, die nie über Politik sprechen, sank unter die 20-Prozent-Marke, der Anteil jener, die dies nach eigenem Bekunden „häufig“ tun, stieg deutlich auf etwa ein Viertel. Auch im Jahr 1990 zeigte sich ein Anstieg des Anteils derjenigen Personen, die sich häufig über Politik unterhielten – eine Folge der Erweiterung der Grundgesamtheit um die Bürger der neuen Bundesländer. Naturgemäß war deren Alltag in der ersten Zeit nach dem Systemwechsel hoch politisiert. Ein halbes Jahrzehnt nach dem Beitritt zur Bundesrepublik unterschied sich die Gesprächsintensität der Ostdeutschen jedoch nicht mehr von jener in der „alten“ Bundesrepublik.

Abbildung 1: Politische Gespräche in Deutschland, 1972–2015



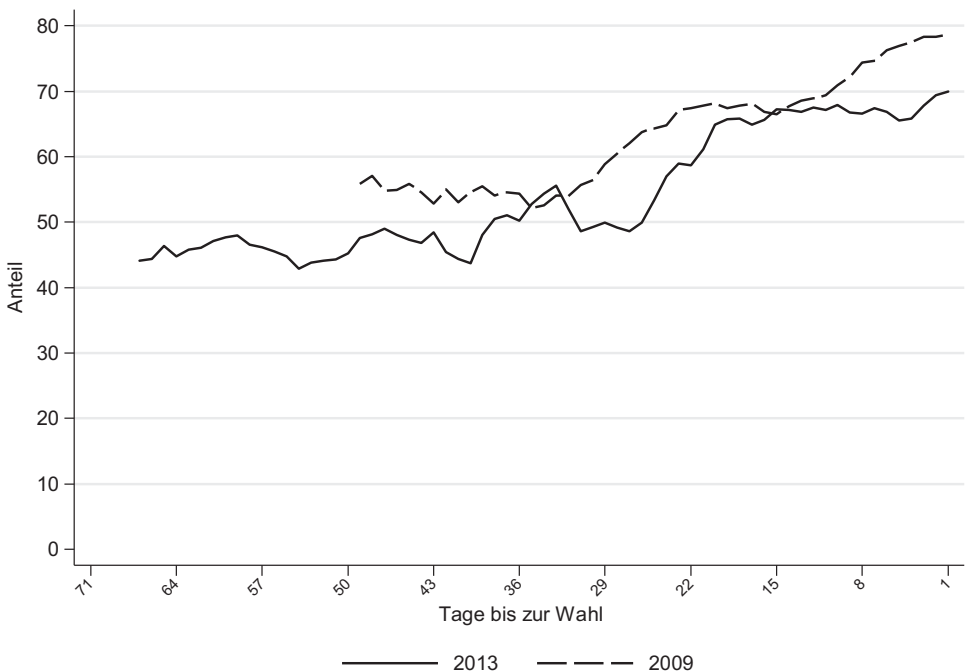
Angaben: Prozentwerte, gerundet.

Quelle: Mannheim Eurobarometer Trend File 1970–2002 sowie Eurobarometer 58.1, 59.1, 60.1, 61, 62.0, 62.2, 63.4, 64.2, 64.3, 65.1, 65.2, 66.1, 67.2, 68.1, 69.2, 70.1, 71.1, 73.4, 74.2, 75.3, 76.3, 77.3, 78.1, 79.3, 80.2, 81.1, 81.2, 81.3, 81.4, 82.1, 82.2, 82.3, 82.4, 83.3 und 83.4.

Die langfristige Betrachtung vermittelt also den Eindruck einer länderspezifischen Stabilität der politischen Gesprächsintensität. Allerdings zeigt Abbildung 1 auch kurzfristige Schwankungen in zeitlicher Nähe von Bundestagswahlterminen. Dass Bundestagswahlen in der Tat die Neigung zum politischen Gespräch befeuern, belegen die Abbildungen 2 und 3 (adaptiert aus Par-

theymüller und Schäfer 2013). Diese basieren auf *rolling cross-section*-Wahlkampfumfragen, die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) 2009 und 2013 realisiert wurden (Rattinger u. a. 2013; Rattinger u. a. 2014). Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, an wie vielen Tagen in der vergangenen Woche sie sich „mit anderen Personen, z.B. Familienmitgliedern, Freunden oder Bekannten, über die Parteien oder die Bundestagswahl unterhalten“ hatten. Abbildung 2 belegt, dass der Anteil derjenigen Befragten, die sich über Politik unterhielten, mit näher rückendem Urnengang bei jeder Wahl deutlich anwuchs. Dass nicht nur die Zahl derjenigen zunahm, die über Politik sprachen, sondern auch die Intensität des Austausches zwischen denjenigen, die das taten, zeigt Abbildung 3. Die mittlere Gesprächshäufigkeit pro Woche stieg bei beiden Wahlen von ca. 2,5 auf etwas mehr als drei Tage. Anlässlich der Wahl 2013 wurde zusätzlich erhoben, mit wie vielen anderen Personen sich ein Befragter insgesamt unterhalten hatte. Gaben die Befragten zu Beginn des Wahlkampfes im Durchschnitt noch an, sich mit vier anderen Personen unterhalten zu haben, so wuchs diese Zahl bis zum Ende des Wahlkampfes auf sechs Personen. Diese Prozesse vollzogen sich nicht völlig linear, sondern wurden auch stimuliert von prägnanten Medienereignissen wie insbesondere den TV-Duellen der Kanzlerkandidaten.

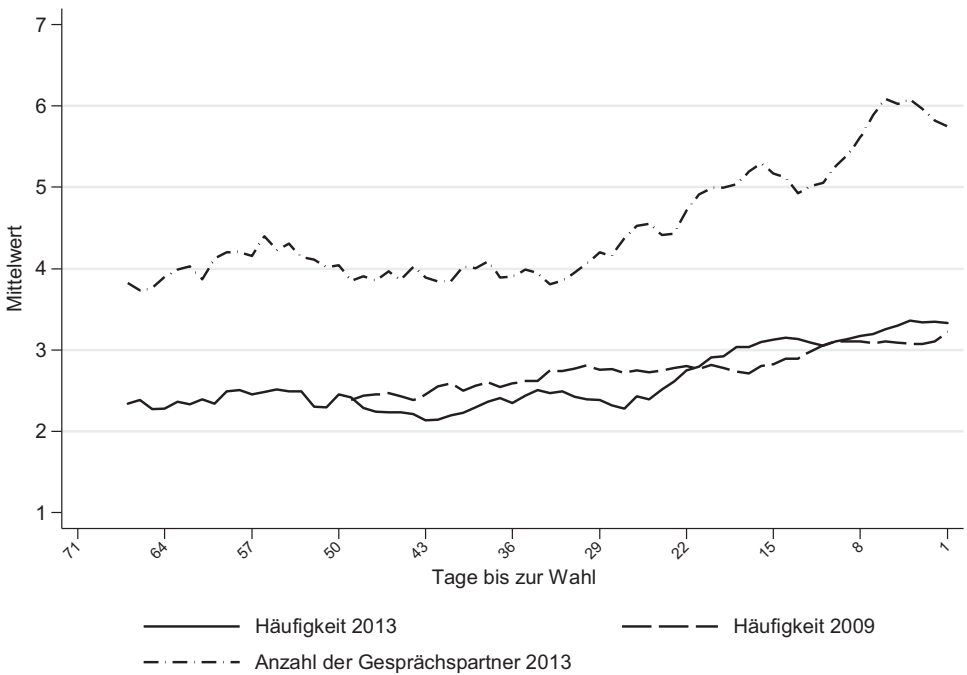
Abbildung 2: Häufigkeit politischer Gespräche in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013



Angaben: Prozentwerte, gerundet.

Quelle: GLES RCS-Umfragen 2009 und 2013.

Abbildung 3: Intensität politischer Gespräche in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013



Angaben: Mittelwerte.

Quelle: GLES RCS-Umfragen 2009 und 2013.

Über die konkreten Inhalte und Verläufe politischer Gespräche ist sehr wenig bekannt. Amerikanische Studien deuten darauf hin, dass politische Gegenstände gleichsam naturwüchsig im Verlauf unstrukturierter Unterhaltungen aufkommen, die von Thema zu Thema mäandrieren (Wyatt, Katz und Jim 2000). Die meisten Studien lassen allerdings im Dunkeln, was die Befragungspersonen unter „Politik“ verstehen, wenn sie bekunden, darüber gesprochen zu haben (Fitzgerald 2013). Zumindest im Umfeld von Wahlen stellt aber die Parteipolitik sicherlich einen wichtigen Gesprächsgegenstand dar. Tabelle 1 zeigt, wie sich die Wahrnehmungen der Wahlpräferenzen der wichtigsten politischen Gesprächspartner in Deutschland im langfristigen Vergleich darstellen. Sie basiert auf einem Vergleich von Daten aus der Vergleichenden Wahlstudie 1990 (Kaase 1994) und der GLES *rolling cross-section*-Wahlkampfstudie anlässlich der Bundestagswahl 2013 (Rattinger u. a. 2014). Die Datenstruktur wurde soweit möglich parallelisiert. Basis der Tabelle sind die Angaben der Befragten zu ihren mittels egozentrierter Netzwerkinstrumente ermittelten wichtigsten beiden politischen Gesprächspartnern (berücksichtigt sind auch Befragte mit nur einem Gesprächspartner).

Tabelle 1: Wahrgenommene Wahlabsichten der beiden wichtigsten Gesprächspartner

| | 1990 | 2013 |
|--|------|------|
| Mindestens ein Parteiwähler | 72 | 77 |
| Mindestens ein Nichtwähler | 3 | 11 |
| Mindestens einmal „Weiß nicht“ | 32 | 32 |
| Mindestens einmal „Noch nicht entschieden“ | - | 3 |
| N | 1479 | 4249 |

Angaben: Prozentwerte, gerundet.

Quelle: Vergleichende Wahlstudie 1990 und GLES RCS-Umfrage 2013.

Trotz erheblicher Abweichungen in den Erhebungsmodalitäten fallen die Ergebnisse im Zeitvergleich auch bei dieser Betrachtungsperspektive bemerkenswert ähnlich aus. Zu beiden Zeitpunkten sind rund drei von vier derjenigen Befragten, die politische Gespräche führen, in der Lage, für einen oder gar beide Gesprächspartner eine Partei anzugeben, die diese nach ihrem Eindruck wählen werden. Über das vergangene Vierteljahrhundert gewachsen ist jedoch der Anteil derjenigen Personen, unter deren wichtigsten Gesprächspartnern sich Nichtwähler finden – eine zwangsläufige Konsequenz der insgesamt gesunkenen Wahlbeteiligung. Mit jeweils rund einem Drittel wiederum ist der Anteil derjenigen sehr stabil, die nicht in der Lage sind, eine hinreichend klare Vorstellung von der Wahlabsicht ihrer Gesprächspartner zu entwickeln. Möglicherweise unterscheiden sich Gesellschaften im Hinblick auf die Offenheit, mit der sich Personen in Gesprächen politisch positionieren. Für das (West-)Deutschland der frühen 1960er Jahre hatte Scheuch (1965) eine historisch bedingt geringe Bereitschaft konstatiert, sich offen zu seiner Parteineigung zu bekennen. Diese Zurückhaltung in der persönlichen Kommunikation scheint auch heute noch fortzubestehen.

Mit wem unterhalten sich die Bürger über Politik? Die klassischen Studien der Columbia-Gruppe sahen in der interpersonalen politischen Kommunikation eine ausschließliche Angelegenheit funktional diffuser Primärgruppen (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1968). Spätere Studien erweiterten die Perspektive und erkannten die Bedeutung sowohl starker als auch schwacher Bindungen (Granovetter 1973). Beziehungen zu bloßen Bekannten spielen eine wichtige Rolle als Schnittstelle zwischen der Privatsphäre und dem öffentlichen Raum. Daten aus vielen Ländern bestätigen, dass die meisten politischen Gespräche zwischen Ehepartnern, Verwandten und Freunden ablaufen, auch wenn es sie ebenfalls zwischen Nachbarn, am Arbeitsplatz oder in Vereinen gibt (Bennett, Fisher und Resnick 1995; Schmitt-Beck 2000: 166f.; Johnston und Pattie 2006: 120f.; Morey, Eveland und Hutchens 2012). Tabelle 2 belegt dies für die deutschen Wähler auch in langfristig vergleichender Perspektive. Sowohl 1990 als auch 2013 fand sich bei etwa der Hälfte derjenigen, die sich über Politik unterhielten, unter den beiden wichtigsten Gesprächspartnern ein Ehe- oder Lebenspartner. Die Bedeutung der Verwandten scheint sich sogar etwas erhöht zu haben, während die Bedeutung von Freunden gleichgeblieben und die der Bekannten sogar leicht zurückgegangen zu sein scheint. Trotz leichter Unterschiede, die man wegen der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Datenquellen nicht überbewerten sollte, stellt sich die Struktur der Gesprächsnetzwerke somit im langfristigen Vergleich sehr ähnlich dar.

Tabelle 2: Beziehungen zu den beiden wichtigsten Gesprächspartnern

| | 1990 | 2013 |
|-----------------------------------|------|------|
| Einer ist Ehe- oder Lebenspartner | 51 | 51 |
| Mindestens einer ist Verwandter | 29 | 37 |
| Mindestens einer ist Freund | 35 | 36 |
| Mindestens einer ist Bekannter | 37 | 30 |
| N | 1555 | 4295 |

Angaben: Prozentwerte, gerundet.

Quelle: Vergleichende Wahlstudie 1990 und GLES RCS-Umfrage 2013.

Eine wichtige Dimension politischer Gespräche ist das Ausmaß, in dem sie die Teilnehmenden mit unterschiedlichen politischen Ansichten konfrontieren. Dissenserfahrungen sind eine der wichtigsten unabhängigen Variablen in der Forschung über die Wirkungen politischer Gespräche auf politische Einstellungen und Verhalten. Ihre Bedeutung variiert stark nach der Art der Beziehung zu den betreffenden Gesprächspartnern. In den eigenen Überzeugungen herausgefordert zu werden, ist das wichtigste Antidot gegen politischen Dogmatismus, Polarisierung und Stillstand. Wenn Gespräche nur als Echokammern wirken, die vorgefertigte Ansichten spiegeln und bestätigen, ist politischer Wandel kaum vorstellbar. Die Gesprächsnetzwerke der Deutschen sind auch unter diesem Gesichtspunkt von langfristiger Stabilität geprägt. Dass es mit einem Gesprächspartner überhaupt nie Meinungsverschiedenheiten gibt, kam 2013 so selten vor wie 1990 (Tabelle 3). Die große Mehrzahl der Kommunikationsbeziehungen war zu beiden Zeitpunkten von geringer bis moderater Nichtübereinstimmung geprägt. Intensive Dissenserfahrungen sind zu beiden Zeitpunkten seltener feststellbar, aber doch erheblich häufiger als Erfahrungen des völligen Konsenses. Überdies scheint das Ausmaß des Dissenses bei politischen Gesprächen langfristig etwas angestiegen zu sein.

Tabelle 3: Meinungsverschiedenheiten mit den beiden wichtigsten Gesprächspartnern

| | 1990 | 2013 |
|-------------------------------|------|------|
| Mindestens einer „Nie“ | 8 | 7 |
| Mindestens einer „Selten“ | 47 | 45 |
| Mindestens einer „Manchmal“ | 57 | 59 |
| Mindestens einer „Häufig/Oft“ | 21 | 29 |
| N | 1553 | 4287 |

Angaben: Prozentwerte, gerundet.

Quelle: Vergleichende Wahlstudie 1990 und GLES RCS-Umfrage 2013.

4. Erklärungsansätze und ihre empirische Relevanz

4.1 Politische Gespräche als abhängige Variable

Politische Gespräche nehmen in der Literatur sowohl den Status abhängiger als auch unabhängiger Variablen ein. Untersuchungen des ersten Typs deuten darauf hin, dass für die interpersonale Kommunikation ähnliche Muster soziodemographischer Ungleichheit kennzeichnend sind, wie sie auch aus der Forschung über politische Partizipation bekannt sind. Neben Personen männlichen Geschlechts und mittleren Alters sind es speziell mit sozio-ökonomischen Ressourcen besser ausgestattete Bürger, die sich öfter über Politik unterhalten (Bennett, Fisher und Resnick 1995; Schmitt-Beck 2000: 176ff.; Johnston und Pattie 2006: 111ff.). Freilich zeigen sich bei genauerer Betrachtung auch Variationen im Detail; so scheinen materielle Ressourcen für Gespräche in privaten Kontexten weniger relevant zu sein (Conover, Searing und Crewe 2002). Die Effekte sozioökonomischer Ressourcen werden zudem in erheblichem Maße über kognitive Fähigkeiten und politische Motivationen vermittelt (Jacobs, Cook und Delli Carpini 2009: 43ff.). Auch Persönlichkeitsmerkmale wie Extraversion erhöhen die politische Gesprächsneigung (Hibbing, Ritchie und Anderson 2011). Mehrere Studien zeigen positive Zusammenhänge mit der Mediennutzung auf, aber diesbezüglich stellt sich besonders eklatant die Frage der Kausalitätsrichtung (Schmitt-Beck 2000: 206ff.).

Als relationales Phänomen können politische Gespräche keinesfalls alleine durch Rekurs auf persönliche Merkmale von Personen erklärt werden, sondern ihrer Interdependenz mit dem Kontext, in dem sie stattfinden, muss Rechnung getragen werden (vgl. Ahn, Huckfeldt und Ryan 2014). Eine wichtige strukturelle Voraussetzung ist die Verfügbarkeit potenzieller Gesprächspartner, die wiederum nach Kontexten variiert. Die Gesprächsnetzwerke der Bürger lassen sich begreifen als Resultate aktiver Selektion von Kommunikationspartnern unter Bedingungen kontextuell eingeschränkter Auswahlmöglichkeiten (sog. *choice-constraint*-Modell; vgl. Fisher 1977; Huckfeldt und Sprague 1995). Um internationale Unterschiede in der Häufigkeit politischer Gespräche zu erklären, wurden kulturelle und institutionelle Faktoren herangezogen. Vergleichende Studien zeigen unter anderem, dass Systeme mit proportionaler Machtverteilung stärkere Anreize für politische Diskussionen setzen als Mehrheitsdemokratien, weil sie Minoritäten bessere Perspektiven bieten, die Entscheidungsfindung zu beeinflussen (Nir 2012). Die Unterschiede in der Häufigkeit, mit der sich Frauen im Vergleich zu Männern über politische Themen unterhalten, scheinen sie allerdings zu verstärken, während die Präsenz von Frauen in Parlamenten diesen *gender gap* reduziert (Nir und McClurg 2015). Politische Polarisierung steigert ebenfalls die Neigung von Bürgern, über Politik zu sprechen (Anderson und Paskeviciute 2005). Kulturell tradierte historische Erfahrungen politischer Unterdrückung schaffen demgegenüber offenbar ungünstige Voraussetzungen für den alltäglichen politischen Austausch mit anderen Bürgern (Richardson und Beck 2007).

Mehrere Studien verweisen auf die Möglichkeit, dass Menschen politische Gespräche meiden, weil sie befürchten, dass dabei möglicherweise zutage tretende Meinungsunterschiede zu störenden Spannungen in ihren sozialen Beziehungen führen (Scheuch 1965; Eliasoph 1998). Die Bereitschaft, sich solchen Erfahrungen auszusetzen, wird von Persönlichkeitsmerkmalen wie der emotionalen Stabilität (Hibbing, Ritchie und Anderson 2011), aber auch kurzfristigen emotionalen Zuständen beeinflusst (Lyons und Sokhey 2014). Zu einem gewissen Grad hängt der wahrgenommene Dissens auch von Kontextbedingungen ab. Aufgrund der geringen Kontrolle über die Auswahl der Interaktionspartner hat sich der Arbeitsplatz als Umfeld erwiesen,

in dem sich Bürger besonders oft der Erfahrung politischer Heterogenität ausgesetzt sehen (Mutz und Mondak 2006). Auch Länderunterschiede im Ausmaß der kommunikativen Heterogenitätserfahrungen reflektieren zumindest teilweise institutionelle Gegebenheiten. In Mehrparteiensystemen sind Kleinparteien strukturell benachteiligt, weil ihre Anhänger im Gespräch häufiger auf Unterstützer von Großparteien treffen (Schmitt-Beck 2000). Aber auch unterschiedliche kulturelle Ansichten über Privatheit versus öffentliche Sichtbarkeit in Bezug auf politische Standpunkte können hierfür wichtig sein (Scheuch 1965; Gerber u. a. 2013).

4.2 Politische Gespräche als unabhängige Variable

Die Bedeutung der interpersonalen politischen Kommunikation für politische Einstellungen und Verhalten wurde zuerst und bis heute am intensivsten mit Blick auf Wahlen untersucht. Zahlreiche Studien zeigen, dass politische Gespräche sowohl auf die Wahlbeteiligung als auch die Parteiwahl eine starke Prägekraft ausüben. Es ist solide belegt, dass sich Wähler an der Urne an den Kandidaten- oder Parteipräferenzen ihrer Gesprächspartner orientieren und folgen (z.B. Johnston und Pattie 2006: 127ff.; Sinclair 2012; Bello und Rolfe 2014). Auch für deutsche Wähler wurde dieser Effekt wiederholt demonstriert (Reuband 1971; Pappi 1977, 1996; Pappi und Brandenburg 2008; Koßmann 1995; Zuckerman, Dasovic und Fitzgerald 2007; Schmitt-Beck 2000; Schmitt-Beck und Partheymüller 2016; Roßteutscher und Stegmüller 2014). Die Präferenzen von Wählern werden gestärkt und stabilisiert, wenn sie in Netzwerke Gleichgesinnter integriert sind; wenn das nicht der Fall ist, wird hingegen Wandel in Richtung der vorherrschenden Positionen wahrscheinlich. Die Einstellungen einzelner Gesprächspartner wirken dabei in komplexer Weise zusammen. Wähler sind besonders geneigt, die Wahlpräferenz eines Gesprächspartners zu übernehmen, wenn sich diese mit der im gesamten Netzwerk vorherrschenden Meinung deckt; wenn sie von dieser Mehrheitsmeinung abweicht, wird ihr Einfluss jedoch tendenziell neutralisiert (Huckfeldt, Johnson und Sprague 2004). Dementsprechend ist der persönliche Einfluss innerhalb politisch homogener Netzwerke besonders wirksam.

Auch die Entscheidung, überhaupt zur Wahl zu geben, wird nicht im sozialen Vakuum getroffen. Häufiger politischen Gesprächen ausgesetzt zu sein geht mit einer erhöhten Beteiligungseigung einher (Knoke 1990; Rolfe 2012). Die Botschaften, die während solcher Unterhaltungen vermittelt werden, scheinen ebenfalls wichtig zu sein. Genauso wie Partei- und Kandidatenpräferenzen scheint die Entscheidung, überhaupt zur Wahl zu gehen, gleichsam ansteckend zu sein (Johnston und Pattie 2006: 259ff.). Unterhaltungen im Rahmen homogener Netzwerke aus politisch Gleichgesinnten sind der Wählermobilisierung besonders förderlich (Klofstad 2011). Bemerkenswert ist, dass interpersonale Kommunikation nicht nur mobilisieren, sondern auch demobilisieren kann. Gespräche mit Nichtwählern können eine solche Wirkung nach sich ziehen (Partheymüller und Schmitt-Beck 2012), aber auch Dissens in sozialen Netzwerken (Mutz 2006).

In jüngerer Zeit hat sich die Aufmerksamkeit der Forschung verstärkt der Frage zugewandt, von welchen Bedingungen der interpersonale Einfluss bei Wahlen abhängt. Starke Beziehungen bekräftigen ihn deutlich. Ehepartner sind besonders einflussreich (Zuckerman, Dasovic und Fitzgerald 2007; Magalhães, Setti und Shi 2015). Verglichen mit beiläufigeren Bekanntschaften wie Nachbarn oder Arbeitskollegen erweisen sich aber auch Verwandte als recht einflussreich.

Bloße Bekannte sind ebenfalls nicht völlig einflusslos. Wenn ihnen Vertrauenswürdigkeit und Expertise in politischen Belangen zugeschrieben wird, kann interpersonaler Einfluss auf das Wahlverhalten auch im Rahmen von Sekundärbeziehungen zur Geltung kommen (Huckfeldt und Sprague 1995; Kenny 1998). Die Bedeutung sogenannter „Meinungsführer“ (*opinion leaders*), also von Personen, die sowohl über politische Expertise verfügen, um anderen das politische Geschehen näherzubringen, als auch politisch stark involviert sind (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1968), wurde auch in experimentellen Settings belegt (Ahn, Huckfeldt und Ryan 2014).

Zwei konkurrierende theoretische Modelle dominieren die Diskussion über den Mechanismus, der hinter solchen Prozessen des interpersonalen Einflusses steht. In der Tradition der klassischen Columbia-Studien wird die interpersonale Kommunikation als Mittel des sozialen Zusammenhalts interpretiert. Menschen legen dieser Sicht zufolge großen Wert auf harmonische Beziehungen. Wähler passen daher ihre Präferenzen an diejenigen ihrer Gesprächspartner an, weil sie Beziehungsstörungen und persönliche Entfremdung vermeiden wollen (Sinclair 2012). Die Gegenthese stützt sich auf Downs' (1965) Überlegungen zur Bedeutung politischer Information für das Wählerverhalten. Sie geht davon aus, dass sich Wähler an ihren alltäglichen Gesprächspartnern orientieren, weil diese als kostengünstige Quellen Informationen bereitstellen, die im Prozess der Entscheidungsfindung nützlich sind. Hierbei kann es sich entweder um differenzierte Informationen über Parteien, *issues* und Kandidaten handeln, welche Wähler in ihr Entscheidungskalkül einbauen können, oder um simple *cues* in Gestalt bloßer Kenntnisnahme der Wahlabsicht eines als politisch glaubhaft eingeschätzten Gesprächspartners (Magalhães, Segatti und Shi 2016). Die vorliegenden Befunde stützen eher die Hypothese der sozialen Konformität (Sinclair 2012). Allerdings müssen sich diese Mechanismen nicht zwingend ausschließen. Für die besonderen Bedingungen von Mehrparteiensystemen haben Schmitt-Beck und Partheymüller (2016) ein Modell vorgeschlagen, das beide Einflussmodalitäten in einem gestuften Einflussprozess verbindet.

Neben der Untersuchung des Wahlverhaltens hat sich die Forschung in jüngerer Zeit auch auf Aspekte der politischen Involvierung im Sinne kognitiver und motivationaler Voraussetzungen politischen Handelns konzentriert. Mehrere Studien haben gezeigt, dass politische Gespräche zur Steigerung der politischen Motivation und Kompetenz beitragen können. So gehen Unterhaltungen mit einer höheren Zahl von Partnern und größerer Häufigkeit mit verstärktem politischem Interesse und höherem Effektivitätsbewusstsein einher (Huckfeldt, Johnson und Sprague 2004; Pattie und Johnston 2008). Häufige politische Unterhaltungen und die Zugehörigkeit zu größeren Netzwerken erweitern die Breite und Komplexität des politischen Wissens der Bürger (Eveland und Thomson 2006; Searing u. a. 2007). Nicht zuletzt verbessern politische Alltagsgespräche das Verständnis politischer Sachfragen (Kim, Wyatt und Katz 1999; Holbert u. a. 2002). Auch sind die Meinungen von Personen, die über Politik diskutieren, profunder und besser fundiert; zudem haben sie mehr Verständnis für Positionen, die sie selbst nicht teilen (Price, Cappella und Nir 2002). Unterhaltungen scheinen für das politische Wissen besonders förderlich zu sein, wenn sie mit Personen geführt werden, denen politische Expertise zugeschrieben wird (Richey 2009).

Dissenserfahrungen bei politischen Gesprächen können zwiespältige Folgen nach sich ziehen. In Experimenten wurde gezeigt, dass die Konfrontation mit anderen Ansichten *framing*-Effekte der Elitenkommunikation neutralisieren und Bürger dadurch unabhängiger von der Meinungsführerschaft der Eliten machen kann (Druckman und Nelson 2003). Sie erhöhen auch die Be-

reitschaft zur Suche und der Verarbeitung politischer Informationen (Levitan und Wronski 2014). Allerdings senken sie auch das politische Interesse (Torcal und Maldonado 2014). Bei Wahlen erschweren und verzögern sie Entscheidungen (Hopmann 2012; Schmitt-Beck und Partheymüller 2012). Zudem schmälern sie die Chance, dass die getroffenen Entscheidungen mit den eigenen Interessen konsistent sind (Sokhey und McClurg 2012; Schmitt-Beck und Kraft 2014).

Nur sporadisch hat sich die Forschung bislang für die Frage interessiert, ob politische Gespräche auch Einflüsse auf andere bürgerschaftliche Orientierungen ausüben. Über ihre Wirkungen auf Einstellungen zu den Mitbürgern und zum politischen System ist daher wenig bekannt. Klar gezeigt ist aber immerhin, dass die Einbettung in größere politische Gesprächsnetzwerke, insbesondere wenn diese ideologische Grenzen überwinden, die politische und soziale Toleranz fördert (Mutz 2006; Pattie und Johnston 2008). Hierzu tragen zwei Mechanismen bei: einerseits kognitive Prozesse, welche Individuen in die Lage versetzen, sich in andere einzufühlen und dadurch politische Ansichten besser zu verstehen, die den eigenen Überzeugungen widersprechen (Price, Capella und Nir 2002; Mutz und Mondak 2006), sowie andererseits die Pufferwirkung bereits geformter emotionaler Bindungen, welche Entfremdung aufgrund sozialer oder politischer Andersartigkeit verhüten kann. Zusammenhänge zwischen Gesprächsaktivitäten und Systemorientierungen wurden demgegenüber kaum betrachtet (vgl. für eine Ausnahme Searing u. a. 2007).

5. Offene Fragen und Kontroversen

Seit etwa zwei Jahrzehnten erfreut sich die interpersonale Kommunikation der Bürger wachsender Aufmerksamkeit der Politikwissenschaft. Es ist klar, dass politische Gespräche einen wesentlichen Bestandteil des Alltagslebens darstellen, wenn auch in stark variierendem Ausmaß, abhängig von persönlichen, situativen und Kontextfaktoren. Gespräche tragen zur politischen Involvierung und Kompetenz bei und können Bürger mobilisieren, aktiv zu werden. Auch leisten sie einen Beitrag zum gedeihlichen Miteinander trotz unterschiedlicher Ansichten. Gespräche wirken allerdings nicht unbedingt *per se* und in pauschaler Weise, sondern oft in Abhängigkeit von Bedingungen. Das besondere Interesse der Forschung hat sich immer wieder auf die Frage gerichtet, ob informelle Konversationen als bloße Echokammern fungieren, in denen vorhandene Ansichten stets nur bestätigt werden, oder ob sie Gelegenheiten zum Austausch widerstreitender Ansichten und damit Lernchancen eröffnen. Beides kommt vor, doch der letztgenannte Prozess hat sich als zweischneidig erwiesen. Politische Gespräche haben auch eine „dunkle Seite“ und können unter bestimmten Umständen zu demokratischschädlichen Konsequenzen führen, etwa zu Demobilisierung bei Wahlen.

Wenngleich die Forschung in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat, sind doch auch Desiderate unübersehbar. So fällt auf, dass das Gros des vorhandenen Wissens aus einem einzigen politischen System stammt – den USA. Zwar wurden auch einige Studien in Ländern wie Großbritannien, Japan, Deutschland, Spanien oder Ungarn realisiert. Doch ist auch dort der Kenntnisstand immer noch äußerst begrenzt und in vielen anderen Ländern wurden überhaupt noch keine einschlägigen Forschungsanstrengungen unternommen. Wie weitgehend US-amerikanische Befunde transnationale Generalisierbarkeit beanspruchen können, ist aber durchaus offen.

Eine der größten substanziellen Forschungslücken betrifft den deliberativen Charakter der bürgerschaftlichen Alltagskommunikation. Die deliberative Demokratietheorie hat der interperso-

nalen Kommunikation einen privilegierten Status als Objekt des politikwissenschaftlichen Interesses verschafft. Dementsprechend wurde in jüngerer Zeit intensiv analysiert, wie deliberativ sich der politische Austausch in vielfältigen Arenen des „deliberativen Systems“ – von Parlamenten bis zu Massenmedien – tatsächlich darstellt (Steiner 2012). In welchem Maße das aber auch für die Basis des gesamten Systems – die Alltagskommunikation in den Gesprächsnetzwerken der Bürger – gilt, wurde bislang mit wenigen Ausnahmen (Conover, Searing und Crewe 2002) kaum erforscht. Bemerkenswert ist vor demselben Hintergrund auch, wie wenig Aufmerksamkeit bislang der Frage gewidmet wurde, ob und unter welchen Bedingungen politische Gespräche legitimatorische Wirkungen ausüben können.

Mit Blick auf Studien, welche die persönliche Kommunikation als unabhängige Variable betrachten, fällt weiterhin auf, dass sie sich bislang wenig mit den Mechanismen beschäftigt haben, über welche sich dieser Einfluss entfaltet. Erst in jüngster Zeit finden sich auch Arbeiten, die versuchen, die beiden zentralen Erklärungsansätze – die an Downs (1965) orientierte Informationsperspektive und die von den klassischen Studien der Columbia-Schule inspirierte soziale Kohäsions-Perspektive (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1968) – empirisch miteinander zu konfrontieren (Sinclair 2012; Schmitt-Beck und Partheymüller 2016). Die Implikationen dieser Studien sind weitreichend, denn die letztgenannte Perspektive, für die empirisch vieles spricht, impliziert, dass die politische Alltagskommunikation in erster Linie als Vehikel des unpolitischen Beziehungsmanagements fungiert – eine Eigenheit, die dazu angetan ist, den Optimismus der deliberativen Demokratietheorie hinsichtlich der Rationalitätspotenziale alltäglicher politischer Kommunikation in Zweifel zu ziehen (für aktuelle experimentelle Studien vgl. Carlson und Settle 2016).

Angesichts des raschen Medienwandels und der dadurch ermöglichten Transformation des Kommunikationsverhaltens ist das Fehlen von Studien ebenso eklatant, welche analysieren, wie traditionelle Gespräche und Online-Kommunikation aufeinander bezogen sind. Integrierte Forschungsansätze, welche sowohl die direkte als auch die technisch vermittelte Kommunikation gleichermaßen ins Visier nehmen, sind Mangelware; überzeugende theoretische und empirische Verknüpfungen zwischen Offline- und Online-Kommunikation stehen noch aus. Unklar ist beispielsweise, ob Online-Kommunikation die Offline-Kommunikation ergänzt oder zunehmend ersetzt und welche Implikationen sich hieraus für die Grundprämisse einschlägiger Forschung ergeben, dass die politische Alltagskommunikation der Bürger als sozialgeographisch umschriebenes Phänomen begriffen werden muss (Baybeck und Huckfeldt 2002; Eagles, Bélanger und Calkins 2004). Wichtige Desiderate der Forschung betreffen auch die Frage, ob eine Verlagerung ins Internet den Echokammer-Charakter der persönlichen Kommunikation verstärkt oder abschwächt, sowie die Frage, ob die Indirektheit der digitalen Kommunikation wachsender verbaler Aggressivität Vorschub leistet (Garton Ash 2016). In demselben Zusammenhang fällt auf, dass wir auch nur wenig wissen über die Beziehung zwischen politischen Gesprächen im privaten Bereich und politischer Diskussion oder gar Deliberation in halb-öffentlichen oder öffentlichen Kontexten.

Auf dem Vormarsch ist die international vergleichende Forschung und ihre ersten Erträge sind vielversprechend. Doch müssen noch sehr viel größere Anstrengungen unternommen werden, um besser zu verstehen, wie Systembedingungen die alltägliche Kommunikation von Bürgern prägen und moderieren (für eine generelle Diskussion der kontextuellen Bedingtheit von Einflüssen interpersonaler Kommunikation vgl. Hopmann, Matthes und Nir 2015). Sehr erschwert wird dies freilich durch den Mangel an geeigneten Daten. Oftmals liegen die Probleme

aber auch in unzureichenden Konzeptualisierungen von Schlüsselkonzepten, welche institutionelle Rahmenbedingungen zu wenig in Betracht ziehen und daher mit Messverfahren von eingeschränkter internationaler „Reisefähigkeit“ operieren (Sartori 1970). Das gilt nicht zuletzt für das zentrale Konstrukt der kommunikativen Heterogenität. In der Literatur steht eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte zumeist unverbunden nebeneinander. Da vor allem in Mehrparteiensystemen dyadische Divergenz und Heterogenität auf Ebene des Diskussionsnetzwerks auseinanderfallen können und zudem der mögliche inhaltliche Anker des Dissenses vielfältiger ist, bedarf es einer Diskussion zur Systematisierung und Adaption bestehender Konzepte. Erste Befunde lassen zudem darauf schließen, dass der Einfluss von Dissenserfahrungen in Gesprächen auf politisches Verhalten stark von institutionellen Faktoren wie der Konfiguration des Parteiensystems (Smith 2015), aber auch von kulturellen Differenzen zwischen Gesellschaften (Eveland, Song und Beck 2015) moderiert wird.

Literatur

- Ahn, T. K., R. Huckfeldt und J. B. Ryan, 2014: *Experts, activists, and democratic politics. Are electorates self-educating?* New York: Cambridge University Press.
- Almond, G. A. und S. Verba, 1963: *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations.* Princeton: Princeton University Press.
- Anderson, C. J. und A. Paskeviciute, 2005: *Macro-politics and micro-behavior. Mainstream politics and the frequency of political discussion in contemporary democracies.* In: Zuckerman, A. (Hrsg.): *The social logic of politics. Personal networks as contexts for political behavior.* Philadelphia: Temple University Press, 228-248.
- Bächtiger, A., 2016: *Empirische Deliberationsforschung.* In: Lembcke, O., C. Ritzi und G. S. Schaal (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie.* Wiesbaden: Springer VS, 251-278.
- Barnes, S. H., M. Kaase u. a., 1979: *Political action. Mass participation in five Western democracies.* Beverly Hills: Sage.
- Baybeck, B. und R. Huckfeldt, 2002: *Urban contexts, spatially dispersed networks, and the diffusion of political information.* In: *Political Geography* 21: 195-220.
- Bello, J. und M. Rolfe, 2014: *Is influence mightier than selection? Forging agreement in political discussion networks during a campaign.* In: *Social Networks* 36: 134-146.
- Bennett, S. E., B. Fisher und D. Resnick, 1995: *Political conversations in the United States. Who talk to whom, why and why not.* In: *American Review of Politics* 16: 277-298.
- Bennett, S. E., R. S. Lickinger und S. L. Rhine, 2000: *Political talk over here, over there, over time.* In: *British Journal of Political Science* 30: 99-119.
- Berelson, B. R., P. F. Lazarsfeld und W. N. McPhee, 1954: *Voting. A study of opinion formation in a presidential campaign.* Chicago: University of Chicago Press.
- Carlson, T. N. und J. E. Settle, 2016: *Political chameleons: An exploration of conformity in political discussions.* In: *Political Behavior* 2016: 1-43.
- Chambers, S., 2003: *Deliberative democratic theory.* In: *Annual Review of Political Science* 6(1): 307-326.
- Cho, J., D. V. Shah, J. M. McLeod, D. M. McLeod, R. M. Scholl und M. R. Gotlieb, 2009: *Campaigns, reflection, and deliberation. Advancing an O-S-R-O-R model of communication effects.* In: *Communication Theory* 19: 66-88.
- Conover, P. J., D. D. Searing und I. M. Crewe, 2002: *The deliberative potential of political discussion.* In: *British Journal of Political Science* 32: 21-62.
- Deutsch, K. W., 1963: *The nerves of government. Models of political communication and control.* New York: Free Press.
- Downs, A., 1965: *An economic theory of democracy.* Boston: Addison Wesley.
- Druckman, J. N. und K. R. Nelson, 2003: *Framing and deliberation. How citizens' conversations limit elite influence.* In: *American Journal of Political Science* 47(4): 729-745.
- Dryzek, J. S., 2000: *Deliberative democracy and beyond: Liberals, critics, contestations.* Oxford: Oxford University Press.
- Eagles, M., P. Bélanger und H. W. Calkins, 2004: *The spatial structure of urban political discussion networks.* In: Goodchild, M. F. und D. G. Janelle (Hrsg.): *Spatially integrated social science.* Oxford: Oxford University Press, 205-218.

- Eliasoph, N., 1998: *Avoiding politics: How Americans produce apathy in everyday life*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Emmer, M., G. Vowe und J. Wolling, 2011: *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Eveland, W. P., H. Song und P. A. Beck, 2015: Cultural variations in the relationships among network political agreement, political discussion frequency, and voting turnout. In: *International Journal of Public Opinion Research* 27: 461-480.
- Eveland, W. P. und T. Thomson, 2006: Is it talking, thinking, or both? A lagged dependent variable model of discussion effects on political knowledge. In: *Journal of Communication* 56: 523-542.
- Faas, T. und S. Huber, 2010: Experimente in der Politikwissenschaft: Vom Mauerblümchen zum Mainstream. In: *Politische Vierteljahresschrift* 51: 721-749.
- Fisher, C., 1977: *Networks and places. Social relations in the urban setting*. New York: Free Press.
- Fitzgerald, J., 2013: What does „political“ mean to you? In: *Political Behavior* 35: 453-479.
- Fowler, J. H., M. T. Heaney, D. W. Nickerson, J. F. Padgett und B. Sinclair, 2011: Causality in political networks. In: *American Politics Research* 39: 437-480.
- Gamson, W. A., 1992: *Talking politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Garton Ash, T., 2016: *Free speech. Ten principles for a connected world*. London: Atlantic.
- Gastil, J., 2008: *Political communication and deliberation*. Thousand Oaks: Sage.
- Gerber, A. S., G. A. Huber, D. Doherty, C. M. Dowling und S. J. Hill, 2013: Who wants to discuss vote choices with others? Polarization in preferences for deliberation. In: *Public Opinion Quarterly* 77: 474-496.
- Gerhards, J. und F. Neidhardt, 1991: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. In: Müller-Doohm, S. und K. Neumann-Braun (Hrsg.): *Öffentlichkeit – Kultur – Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie*. Oldenburg: BIS Verlag, 31-89.
- Granovetter, M. S., 1973: The strength of weak ties. In: *American Journal of Sociology* 78: 1360-1380.
- Habermas, J., 1994: Three normative models of democracy. In: *Constellations* 1: 1-10.
- Hibbing, M., M. Ritchie und M. Anderson, 2011: Personality and political discussion. In: *Political Behavior* 33: 601-624.
- Holbert, R. L., W. Benoit, G. Hansen und W. C. Wen, 2002: The role of communication in the formation of an issue-based citizenry. In: *Communication Monographs* 69: 296-310.
- Hopmann, D. N., 2012: The consequences of political disagreement in interpersonal communication. New insights from a comparative perspective. In: *European Journal of Political Research* 51: 265-287.
- Hopmann, D. N., J. Matthes und L. Nir, 2015: Informal political conversation across time and space. Setting the research agenda. In: *International Journal of Public Opinion Research* 27: 448-460.
- Huckfeldt, R., P. Johnson und J. Sprague, 2004: *Political disagreement. The survival of diverse opinions within communication networks*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Huckfeldt, R. und J. Sprague, 1995: *Citizens, politics, and social communication. Information and influence in an election campaign*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ikeda, K. und R. Huckfeldt, 2010: The consequences of discussion and deliberation within networks. An introduction. In: Wolf, M. R., L. Morales und K. Ikeda (Hrsg.): *Political discussion in modern democracies. A comparative perspective*. London: Routledge, 119-128.
- Jacobs, L. R., F. L. Cook und M. X. Delli Carpini, 2009: *Talking together: Public deliberation and political participation in America*. Chicago: University of Chicago Press.
- Johnston, R. und C. Pattie, 2006: *Putting voters in their place. Geography and elections in Great Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Jouet, J., T. Vedel und J. B. Comby, 2011: Political information and interpersonal conversations in a multi-media environment. A quantitative and qualitative examination of information practices in France. In: *European Journal of Communication* 26: 361-375.
- Kaase, M., 1994: *Comparative Election Study 1990 (Primary respondents, 1st wave)*. GESIS Data Archive, Cologne: ZA2517. Data file version 1.0.0, doi:10.4232/1.2517.
- Karpowitz, C. F. und T. Mendelberg, 2011: An experimental approach to citizen deliberation. In: Druckman, J. N., D. P. Green, J. H. Kuklinski und A. Lupia (Hrsg.): *Cambridge handbook of experimental political science*. Cambridge: Cambridge University Press, 258-272.
- Katz, E., 2006: Rediscovering Gabriel Tarde. In: *Political Communication* 23: 263-270.
- Katz, E., 2015: Where are opinion leaders leading us? In: *International Journal of Communication* 9: 1023-1028.
- Katz, E., C. Ali und J. Kim, 2014: *Echoes of Gabriel Tarde: What we know better or different 100 years later*. Los Angeles: USC Annenberg Press.
- Katz, E. und P. F. Lazarsfeld, 1955: *Personal influence. The part played by people in the flow of mass communication*. Glencoe: Free Press.

- Kenny, C., 1998: The behavioral consequences of political discussion. Another look at discussant effects on vote choice. In: *Journal of Politics* 60: 231-244.
- Kim, J., R. O. Wyatt und E. Katz, 1999: News, talk, opinion, participation: The part played by conversation in deliberative democracy. In: *Political Communication* 16: 361-385.
- Klofstad, C. A., 2011: *Civic talk: Peers politics, and the future of democracy*. Philadelphia: Temple University Press.
- Klofstad, C. A., S. D. McClurg und M. Rolfe, 2009: Measurement of political discussion networks. A comparison of two „name generator“ procedures. In: *Public Opinion Quarterly* 73: 462-483.
- Knoke, D., 1990: Networks of political action: Toward theory construction. In: *Social Forces* 68: 1041-1063.
- Koßmann, I., 1995: *Meinungsbildungsprozesse in egozentrierten Netzwerken*. Frankfurt/M.: Lang.
- Landwehr, C., 2012: Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. In: Lembcke, O. W., C. Ritzi und G. S. Schaal (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie, Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer, 355-385.
- Laumann, E. O., 1973: *Bonds of pluralism. The form and substance of urban social networks*. New York: Wiley.
- Lazarsfeld, P. F., B. Berelson und H. Gaudet, 1968: *The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Columbia University Press.
- Levitan, L. und J. Wronski, 2014: Social context and information seeking. Examining the effects of network attitudinal composition on engagement with political information. In: *Political Behavior* 36: 793-816.
- Lyons, J. und A. Sokhey, 2014: Emotion, motivation, and social information seeking about politics. In: *Political Communication* 31: 237-258.
- Magalhães, P. C., P. Segatti und T. Shi, 2015: Mobilization, informal networks, and the social contexts of turnout. In: Gunther, R., P. A. Beck, P. C. Magalhães und A. Moreno (Hrsg.): *Voting in old and new democracies*. New York: Routledge, 64-98.
- Makse, T., S. L. Minkoff und A. E. Sokhey, 2014: Networks, context, and the use of spatially weighted survey metrics. In: *Political Geography* 42: 79-91.
- Mansbridge, J., 1999: Everyday talk in the deliberative System. In: Macedo, S. (Hrsg.): *Deliberative politics. Essays on democracy and disagreement*. Oxford: Oxford University Press, 211-242.
- Marsden, P. V., 1987: Core discussion networks of Americans. In: *American Sociological Review* 52: 122-131.
- Milbrath, L. W. und M. L. Goel, 1977: *Political participation. How and why do people get involved in politics?* Chicago: Rand McNally.
- Morey, A. C., W. P. Eveland und M. J. Hutchens, 2012: The „who“ matters: Types of interpersonal relationships and avoidance of political disagreement. In: *Political Communication* 29: 86-103.
- Mutz, D. C., 2006: *Hearing the other side: Deliberative versus participatory democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mutz, D. C. und J. Mondak, 2006: The workplace as a context for cross-cutting political discourse. In: *Journal of Politics* 68: 140-155.
- Neblo, M. A., 2015: *Deliberative democracy between theory and practice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nir, L., 2012: Cross-national differences in political discussion. Can political systems narrow deliberation gaps? In: *Journal of Communication* 62: 553-570.
- Nir, L. und S. D. McClurg, 2015: How institutions affect gender gaps in public opinion expression. In: *Public Opinion Quarterly* 79: 544-567.
- Pappi, F. U., 1977: *Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung*. Köln: Universität zu Köln (unveröffentlichte Habilitationsschrift).
- Pappi, F. U., 1996: Personal environments in the process of political intermediation as a topic of the Comparative National Election Study. In: Hayashi, C. und E. K. Scheuch (Hrsg.): *Quantitative social research in Germany and Japan*. Wiesbaden: Springer, 122-139.
- Pappi, F. U. und J. Brandenburg, 2008: Soziale Einflüsse auf die Klassenwahl im Generationen- und Periodenvergleich. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60: 457-472.
- Pappi, F. U. und G. Wolf, 1984: Wahrnehmung und Realität sozialer Netzwerke. Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Angaben über beste Freunde im Interview. In: Meulemann, H. und K.-H. Reuband (Hrsg.): *Soziale Realität im Interview*. Frankfurt/M.: Campus, 281-300.
- Parker, S. L., G. R. Parker und J. A. McCann, 2008: Opinion taking within friendship networks. In: *American Journal of Political Science* 52: 412-420.
- Parkinson, J. und J. Mansbridge, 2012: *Deliberative systems. Deliberative democracy at the large scale*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Partheymüller, J. und A. Schäfer, 2013: Das Informationsverhalten der Bürger im Bundestagswahlkampf 2013. In: *Media Perspektiven* 12/2013: 574-588.
- Partheymüller, J. und R. Schmitt-Beck, 2012: A ‚social logic‘ of demobilization. The influence of political discussants on electoral participation at the 2009 German federal election. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* 22: 457-478.
- Pattie, C. J. und R. J. Johnston, 2008: It's good to talk: Talk, disagreement and tolerance. In: *British Journal of Political Science* 38: 677-698.
- Pattie, C. J., P. Seyd und P. Whiteley, 2004: *Citizenship in Britain. Values, participation and democracy.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Perrin, A. J., 2006: *Citizen speak. The democratic imagination in American life.* Chicago: University of Chicago Press.
- Price, V., J. N. Cappella und L. Nir, 2002: Does disagreement contribute to more deliberative opinion? In: *Political Communication* 19: 95-112.
- Price, V., L. Nir und J. N. Cappella, 2006: Normative and informational influences in online political discussions. In: *Communication Theory* 16: 47-74.
- Price, V. und D. F. Roberts, 1987: Public opinion processes. In: Berger, C. R. und S. H. Chaffee (Hrsg.): *Handbook of communication science.* Newbury Park: Sage, 781-816.
- Putnam, R. D., 1993: *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy.* Princeton: Princeton University Press.
- Rattinger, H., S. Roßteutscher, R. Schmitt-Beck, B. Weßels, T. Faas und A. Wolsing, 2013: Rolling cross-section campaign survey with post-election panel wave (GLES 2009). GESIS Data Archive, Cologne: ZA5303 Data file Version 6.0.0.
- Rattinger, H., S. Roßteutscher, R. Schmitt-Beck, B. Weßels, C. Wolf und J. Partheymüller, 2014: Rolling cross-section campaign survey with post-election panel wave (GLES 2013). GESIS Data Archive, Cologne: ZA5703 Data file Version 2.0.0.
- Reardon, K. K. und E. M. Rogers, 1988: Interpersonal versus mass media communication. A false dichotomy. In: *Human Communication Research* 15: 284-303.
- Reinemann, C. (Hrsg.), 2014: *Political communication.* Berlin: De Gruyter.
- Reuband, K.-H., 1971: Die Bedeutung der Primärumwelten für das Wahlverhalten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 23: 544-567.
- Richardson, B. und P. A. Beck, 2007: The flow of political information. Personal discussants, the media, and partisans. In: Gunther, R., J. R. Montero und H.-J. Puhle (Hrsg.): *Democracy, intermediation, and voting on four continents.* Oxford: Oxford University Press, 183-207.
- Richey, S., 2009: Hierarchy in political discussion. In: *Political Communication* 26: 137-152.
- Rogers, E. M., 1973: Mass media and interpersonal communication. In: Pool, I. S. und W. Schramm (Hrsg.): *Handbook of communication.* Chicago: Sage, 290-310.
- Rolfe, M., 2012: *Voter turnout. A social theory of political participation.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Roßteutscher, S. und D. Stegmüller, 2014: Network politicization and political integration. From grand cleavages to private network structures. In: Weßels, B., H. Rattinger, S. Roßteutscher und R. Schmitt-Beck (Hrsg.): *Voters on the move or on the run?* Oxford: Oxford University Press, 167-192.
- Sartori, G., 1970: Concept misformation in comparative politics. In: *American Political Science Review* 64: 1033-1053.
- Schenk, M., 1995: *Soziale Netzwerke und Massenmedien. Untersuchungen zum Einfluß der persönlichen Kommunikation.* Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Scheuch, E. K., 1965: Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten. In: Scheuch, E. K. und R. Wildenmann (Hrsg.): *Zur Soziologie der Wahl (Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie).* Wiesbaden: Springer, 169-214.
- Schmitt-Beck, R., 2000: *Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmitt-Beck, R. und P. Kraft, 2014: Political information flows and consistent voting. Personal conversations, mass media, party campaigns, and the quality of voting decisions at the 2009 German federal election. In: Weßels, B., H. Rattinger, S. Roßteutscher und R. Schmitt-Beck (Hrsg.): *Voters on the move or on the run?* Oxford: Oxford University Press, 193-216.
- Schmitt-Beck, R. und O. Lup, 2013: Seeking the soul of democracy. A review of recent research into citizens' political talk culture. In: *Swiss Political Science Review* 19: 513-538.
- Schmitt-Beck, R. und J. Partheymüller, 2012: Why voters decide late. A simultaneous test of old and new hypotheses at the 2005 and 2009 German federal elections. In: *German Politics* 21: 299-316.
- Schmitt-Beck, R. und J. Partheymüller, 2016: A two-stage theory of discussant influence on vote choice in multiparty systems. In: *British Journal of Political Science* 46: 321-348.

- Schudson, M., 1997: Why conversation is not the soul of democracy. In: *Critical Studies of Mass Communication* 14: 297-309.
- Searing, D. D., F. Solt, P. J. Conover und I. Crewe, 2007: Public discussion in the deliberative system. Does it make better citizens? In: *British Journal of Political Science* 39: 587-618.
- Sinclair, B., 2012: *The social citizen. Peer networks and political behavior*. Chicago: University of Chicago Press.
- Smith, A. E., 2015: The diverse impacts of politically diverse networks. Party systems, political disagreement, and the timing of vote decisions. In: *International Journal of Public Opinion Research* 27: 481-496.
- Sokhey, A. E. und P. A. Djupe, 2011: Interpersonal networks and democratic politics. In: *Political Science & Politics* 44: 55-59.
- Sokhey, A. E. und S. D. McClurg, 2012: Social networks and correct voting. In: *Journal of Politics* 74: 751-764.
- Steiner, J., 2012: *The foundations of deliberative democracy. Empirical research and normative implications*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Steiner, J., A. Bächtiger, M. Spornli und M. R. Steenbergen, 2004: *Deliberative politics in action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stromer-Galley, J. und A. Wichowski, 2011: Political discussion online. In: Consalvo, M., R. Burnett und C. Ess (Hrsg.): *The handbook of Internet studies*. Chichester: Blackwell, 168-187.
- Teorell, J., M. Torcal und J. R. Montero, 2007: Political participation: Mapping the terrain. In: van Deth, J. W., J. R. Montero und A. Westholm (Hrsg.): *Citizenship and involvement in European democracies. A comparative analysis*. New York: Routledge, 334-357.
- Torcal, M. und G. Maldonado, 2014: Revisiting the dark side of political deliberation. The effects of media and political discussion on political interest. In: *Public Opinion Quarterly* 78: 679-706.
- van Deth, J. W., J. R. Montero und A. Westholm, 2007: *Citizenship and involvement in European democracies. A comparative analysis*. New York: Routledge.
- Verba, S. und N. H. Nie, 1972: *Participation in America. Political democracy and social equality*. New York: Harper Row.
- Walsh, K. C., 2004: *Talking about politics. Informal groups and social identity in American life*. Chicago: University of Chicago Press.
- Wolf, C., 2010: Egozentrierte Netzwerke: Datenerhebung und Datenanalyse. In: Stegbauer, C. und R. Häußling (Hrsg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: Springer, 471-483.
- Wyatt, R. O., E. Katz und J. Kim, 2000: Bridging the spheres: Political and personal conversation in public and private spaces. In: *Journal of Communication* 50: 71-92.
- Zuckerman, A. S., J. Dasovic und J. Fitzgerald, 2007: *Partisan families. The social logic of bounded partisanship in Germany and Britain*. Cambridge: Cambridge University Press.